

Und so hätte durch einen seitlichen dialektischen Umschlag der Entwicklung schließlich Traktat recht behalten, der den Kriegsaufstand für beendet erklärte, aber sich weigerte, einen Vertrag abzuschließen. Am 21. ist ein Vertrag abgeschlossen worden, aber in Russland erklären alle Parteien rechts der Volkswirtschaft ihn für ungültig, und die Volkswirtschaft selbst rechtfertigt seinen Abschluß nur deshalb, daß sie zu ihm gezwungen worden seien. Es besteht also überhaupt auf keiner Seite die Neigung, den Friedensvertrag von Brest-Litowsk als etwas wirklich Abgeschlossenes und Feststehendes zu betrachten. Wir haben im Osten mit einer fortwährenden Unklarheit der Lage zu rechnen, — Nützen wir ein anderes Ergebnis zu erwarten, wenn wir im Westen zu einem ähnlichen Frieden gelangen — wie im Osten. Wo bleibt der Friede, wenn nicht einmal der Friedensvertrag ihn nicht bringt?

Der russische Friedensvertrag und die Ostländer.

Von Ostland und Nordland heißt es in dem von Russland angenommenen Ultimatum:

Ostland und Nordland werden von russischen Truppen und Roter Garde unbeschränkt getötet und von deutscher Volkswirtschaft befreit, die Besondereinrichtungen die Sicherheit gewährleisten und die soziale Ordnung herbeiführen.

Nordland und Ostland erfahren damit eine unterschiedliche Behandlung gegenüber Polen, Litauen und Russland, von denen gesagt wird:

Aus der ehemaligen Zugehörigkeit dieser Gebiete zum russischen Reich werden ihnen keinerlei Verpflichtungen gegenüber Russland erwachsen. Russland verzichtet auf jede Einmischung in die inneren Verhältnisse dieser Gebiete. Deutschland und Österreich-Ungarn beschließen, das künftige Schicksal der Gebiete im Vernehmen mit deren Bevölkerung zu bestimmen.

Diese Bestimmungen wurden dann in den Friedensvertrag übernommen. Es ist somit klar unterschieden zwischen Gebieten, die keinerlei Verpflichtung gegenüber Russland haben, in deren innere Verhältnisse sich Russland nicht einmischen darf, und andere, deren Verpflichtungen gegenüber Russland weiter bestehen, in deren innere Verhältnisse sich Russland einmischen darf. Zu den letzteren gehören Ostland und Ostland nur mit der Auflage, daß sie bis zur Wiederherstellung der staatlichen Ordnung von deutscher Volkswirtschaft zu befreien sind. Das staatsrechtliche Verhältnis der beiden Länder zu Russland bleibt durch die vorübergehende zu einem bestimmten Zweck vorgenommene Besetzung unberührt.

Grausamkeiten der Weißen Garde.

Nach zuverlässigen Nachrichten aus Finnland soll das Vorgehen der Weißen Truppen gegen die gefangenenommenen roten Soldaten und die an deren Seite mitkämpfenden russischen Soldaten sehr grausam sein. General Mannerheim scheint das von ihm zu Beginn des Bürgerkrieges angekündigte schonungslose Vorgehen gegen keine Gegner wahr machen zu wollen. Dabei legt er sich über alle völkerrechtlichen Bestimmungen der Behandlung von Kriegsgefangenen vollständig hinweg. Die hausweise Ermordung der Kriegsgefangenen, welche vorher sich selbst ihre Gräber graben mußten, ist ein besonders nach der Einnahme von Lammfors zur Regel geworden zu sein. Bei dieser Ermordung wird auch keine Rücksicht auf die Mitglieder der weiblichen Leibesbataillone genommen, die das gleiche Los mit ihren männlichen Kameraden teilen müssen. Besonders blutdürstig zeigen sich die Weißen gegen die Kriegsgefangenen russischen Soldaten. Dieses Vorgehen der siegreichen Weißen hat in weitesten Kreisen der skandinavischen Länder, auch in solchen, die gegen die Revolution der roten waren, eine große Empörung hervorgerufen. Im Stockholmer Social-Demokraten wendet sich Branting in überschaubarer Weise gegen diese Behandlung besiegter Gegner. Vor allem weist er auf die ungeheure Erregung hin, die hierdurch in Russland entsteht wird, und die zu künftigen Repressalien Anlaß geben wird. Man müsse damit rechnen, daß Russland nicht ewig im Zustand der gegenwärtigen Entfremdung bleiben wird.

Berner glaubt Branting mit Recht voraussetzen zu können, daß auch in Deutschland Stimmen gegen eine Kriegführung nicht fehlen werden, die die Barbarei so weit treibt. Daß es nicht mit rechten Dingen bei dem Vormarsch der Weißen zugeht, kann man schon daraus erkennen, daß viele eine von bekannnten konservativen Verantwortlichen Schwedens eingeleitete Hilfs Expedition, an der sich auch Sozialdemokraten beteiligen wollten, abgewiesen haben, wahrscheinlich, weil sie keine unparteiischen Zeugen in ihre Greuelthaten Einblick nehmen lassen wollten.

Aus Russland laufen die Nachrichten nur noch färglich ein. Die Times melden, daß die Japaner in verschiedenen Mittelkolonien des Amurgebietes unter dem Druck der Volkswirtschaft zu fliehen beginnen.

Der sibirische Osten.

Wanderer Guardian stellt eine Berechnung darüber an, welchen Aufwand an Anstrengungen eine Besetzung Sibiriens seitens Japans erfordern würde, und kommt zu dem Resultat, daß dies keine geringe Aufgabe sei. Die sibirische Eisenbahn beginnt bei der Stadt Tscheljabinsk, die etwa 8000 Meilen von Moskau entfernt liegt, bis etwa 500 Meilen westlich von Omsk entfernt liegt. Wären die Japaner die Eisenbahn des Ural übermachten, so müßten sie nach westlich über Tscheljabinsk hinausdringen und sich auf einer Front von unbestimmter Länge ausbreiten. Tscheljabinsk ist aber 4000 (englische) Meilen mit der Eisenbahn von Wladivostok entfernt. An diese Eisenbahnlinie schließt sich eine zweite, die durch das Gebiet des Amur und Ussuri führt und ungefähr 1800 (englische) Meilen lang ist. Sollte also eine japanische Besetzung bis Tscheljabinsk heranziehen, so würde eine 5800 Meilen lange Eisenbahnverbindung mit Wladivostok zu übermachten sein. Rechnet man dazu noch den Weg durch die Mandchurie, so würde sich die zu kontrollierende Eisenbahnstrecke auf 8000 Meilen belaufen.

Der deutsche Vormarsch in der Krim.

Die Hoff. Ag. läßt sich von ihrem Kriegsberichterstatter aus der Ukraine unten 20. April melden:

Gestern haben sich unsere im Raum südlich des Dnjepr aufmarschierten Kruppen nach einem schweren Umgehungskampf an der Vandenje von Perilowa den Weg in die Krim geöffnet. Heute der aus Nikolajew und Cherson vertriebenen bolschewistischen Kruppen, die sich hauptsächlich aus Matrosen, entlassenen Frontsoldaten und plündernden Banden zusammensetzen und von Semakow als Verführer erhalten haben, besetzen mit Artillerie und Maschinengewehren die nur neun Kilometer breite Landenge, wobei der Kanal, ein altes tartarisches Bauwerk, in seinem ausgetrockneten Zustand kein Hindernis bot. Nachdem unsere Kruppen schon Jangon überwand an der Strategietzung bei Kasiminka

gebrochen hatten, ließ unsere Kavallerie, unterstützt von Infanterie und Artillerie, auf Kruckungen herangeworfen, den Vorstoß vor dem westlichen Flügel gelang es, über den Kanal zu setzen und den Kanal zu umfassen, bevor in der Front der allgemeine Angriff losbrach. Der Feind wurde vernichtend geschlagen. Eine große Menge an Geschützen, Maschinengewehren und Munitionsvorräten fiel in unsere Hand. Perilow und Kutanitz ist besetzt. Die Besetzung des flutenden Weges ist von unserer Kavallerie und auf Kruckungen verladene Artillerieabteilungen in Richtung Kasiminka aufgenommen. Unsere Truppen kämpfen mit Erbitterung, da die bolschewistischen Banden sich durch die Ermordung von Gefangenen außerhalb des Kriegesrechts stellen. Unser Einmarsch schützt auch die deutschen Bauernkolonisten, die in 340 Kolonien mit hunderttausend Seelen zwei Drittel des gesamten anbaufähigen Flachlandes in Besitz haben.

Kühlmanns und Burlans Burenkriege Mission.

Staatssekretär von Kühlmann wird sich dem Berliner Tageblatt zufolge Ende dieser Woche zugleich mit Baron Burlan zur Fortführung der Verhandlungen nach Burevest begeben. Der in Aussicht genommene Besuch des Barons Burlan in Berlin wird dadurch verzögert und erst zu einem späteren Zeitpunkt stattfinden. Wenn die Unterzeichnung des Friedensvertrages in Burevest bisher nicht zustande gekommen ist, so ist das darauf zurückzuführen, daß die Verhandlungen untereinander von einer Koalition geführt werden, bei der ein Teil auf den anderen Rücksicht nehmen muß. Auf deutsche Seite ist die Verzögerung jedenfalls nicht zurückzuführen. Die Hoff. Ag. betont, die deutsche Politik habe bisher den Standpunkt vertreten, daß die Entscheidung über die rumänische Königsfrage in erster Linie Sache Oesterreich-Ungarns sei. Neue Wiener Meldungen deuten darauf hin, daß, wie wir bereits gestern mitteilten, man dort die Gesichtspunkte, die gegen die Beibehaltung der gegenwärtigen Tonalität sprechen, stärker würdigt als bisher. Die Hoff. Ag. spricht im Anschluß daran die Hoffnung aus, daß in Berlin die neue Wiener Auffassung nach Kräften unterstützt werde, zumal sie den Interessen der Mittelmächte sicherlich mehr gerecht werde als der Beruf, die mit ihrem Anhang nach wie vor auf der Seite des Verbundes stehende Dynastie zu erhalten.

In der Moldau hat sich unter der Bezeichnung „Bund der Eltern“ eine Vereinigung gebildet, die mit äußerstem Nachdruck die Befreiung jener fordert, die Rumänien in den Krieg gezwungen haben. Der Bund wird von der Regierung fordern, daß sie sofort nach dem Friedensschluß die Politiker zur Verantwortung zieht, die das Vertrauen des Landes mißbrauchten und das allgemeine Unglück verschuldeten.

Für das gleiche Wahlrecht.

Der Vorstand des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, Berlin W 62, Kleiststraße 36, erläßt zur preussischen Wahlrechtsfrage folgenden Aufruf:

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland ruft alle Männer und Frauen Preußens wie im ganzen Deutschen Reich auf zu tatkräftiger Arbeit für das gleiche Wahlrecht in Preußen. In den Monaten, da unsere Brüder und Söhne in einem Ringen ohne gleichen die Unantastbarkeit des Reiches noch außen erndtlich sichern, ist es unabwendbare Pflicht des Heimatheeres, ihnen das Haus im Innern wohnlich zu bereiten.

Die erneute Ablehnung des gleichen Wahlrechts für Preußen im Verfassungsausschuß des Abgeordnetenhauses muß in weitesten Kreisen tiefste Erbitterung hervorgerufen in einem Augenblick, da unsere äußere Lage die Einheit der inneren Front gebieterisch verlangt.

Eine Ablehnung des gleichen Wahlrechts in Preußen bietet unseren Feinden einen neuen Vorwand, um ihre Völker zum sinnlosen Kampf gegen Deutschland aufzustacheln. Wer für das gleiche Wahlrecht streitet, unterstützt unsere Heere und ihre Führer in der schweren Niederringung der feindlichen Truppen und Völker, führt uns einem Frieden näher, der einen gesicherten Bestand des Deutschen Reiches verbürgt.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland richtet die dringende Bitte an die Regierung, vor keinem Mittel zur Durchsetzung des gleichen Wahlrechts zurückzuschrecken, und erklärt, daß er im Kampfe für das gleiche Wahlrecht mit aller Kraft und Entschlossenheit neben der Regierung stehen wird.

Deutsches Reich.

Die Bedeutung der Friedensresolution.

Durch die neuesten Erfolge im Westen ist auch ein Teil der bürgerlichen Anhänger der Friedensresolution vom Zug nach an dem Säuschen geraten. Bei manchem der Herren scheint jetzt ein gewisse Neigung zu bestehen, mehr oder weniger schüchtern den Spuren unserer Weltroberer zu folgen. In wohlwollendem Gegensatz zu dem Verhalten dieser schwindenden Gestalten steht ein Aufruf, den der Marburger Professor Rade, ein Mitglied des Zentralausschusses der fortschrittlichen Volkspartei, unter der Überschrift „Sieg und Verständigung“ im Frankfurter Kurier veröffentlicht. Professor Rade wirft die Frage auf, ob unser Friedens- und Verständigungswille ein Produkt der Schwäche oder der Stärke gewesen sei. Sei die Resolution vom 19. Juli ein Ereignis der Stärke gewesen, so müßte die veränderte Lage selbstverständlich eine völlige Neuorientierung unserer Friedenspolitik nach sich ziehen. In Wirklichkeit aber sei sie ein Ausdruck unserer Stärke gewesen, und deshalb gelte es, während wir liegen, den Frieden durch eine maßvolle und stetige Politik vorzubereiten. So kommt der Verfasser zu dem Ergebnis:

„Hieraus folgt, daß es eine falsche und verhängnisvolle Fugel ist, wenn man sich durch unsere Siege im Westen zum Vergleich auf einen christlichen Friedens- und Verständigungswillen verführen läßt. Im Gegenteil, je völliger die Siege, desto günstiger ist die Lage, um frei und offen Mühe zu betreiben und die künftigen Lebensbedingungen für die auf nachbarliche Verträge angewiesenen Staaten ruhig festzustellen. Ohne eine solche Politik werden wir das Ziel, um das es uns allein zu tun ist, nicht erreichen, wir mögen noch so viel siegen. Das Bedenken der Stunde heißt also für die fortschrittliche Volkspartei und für die Reichstagsmehrheit überhaupt nicht: umfallen und sich durch die Siege im Westen das Königtum berücken lassen. Sondern im Gegenteil: Aus dem Siege, für die wir nicht dankbar genug sein können, die Kraft und Ruhe gewinnen, um die wirtschaftliche Weltlage zu übersehen, zu erörtern, zu durchdringen und von da aus eine Politik zu machen, die uns die Zukunft sichert. Je größer die Siege, um so ausfallschwerer, aber auch um so notwendiger die Verständigung.“

Die Leute, die geneigt sind, den Gedanken des Verständigungsfriedens so leicht fallen zu lassen, zeigen ein sehr geringes Maß von Weitsicht. Trotz den gewaltigen Erfolgen unserer Heere ist es noch immer zum mindesten sehr zweifelhaft, ob wir einmal einen Gewaltfrieden werden distillieren können. Außerdem — und das ist die Hauptsache — brauchen wir einen Verständigungsfrieden nicht nur, um den Krieg zu beenden, sondern er ist bitter notwendig, um das deutsche Volk einer friedlichen und glücklichen Zukunft entgegenzuführen.

Der Streit um die Reichseisenbahnfrage

beschäftigte am Montag wieder einmal den Reichstag und der Etat des Reichseisenbahnamtes gab den Anlaß dazu. Bekanntlich hat dieses Amt keinen realen Zweck, würde ihn aber sehr wohl haben, wenn ein engerer Zusammenhalt unter den einzelnen deutschen Staatsbahnsystemen herbeigeführt würde. Nach der seit langem vertretene Auffassung der Sozialdemokratie und auch des Liberalismus, für welche Parteien die Abgg. Ulrich-Offenbach, Dr. Müller-Weinigen und Schwabach das Wort nahmen, läge diese Vereinheitlichung im Interesse des ganzen deutschen Verkehrs, somit des deutschen Volkes, aber auch im finanziellen Interesse des Reichs. Andererseits ist bekannt, daß Preußen seine Haupt-einnahmequelle, die Staatsbahnen nicht hergeben will, zumal der gewaltige Ausfall sonst durch direkte Steuern gedeckt werden müßte, wofür der jetzige Landtag nicht zu haben ist. Immerhin bestand die Dr. Müller-Weinigen in einer langen Rede seine der Vereinheitlichung fremdliche, mittelberühmte Gesinnung, jedoch nicht als Privatmeinung, sondern als die der verbündeten Regierungen, d. h. aber nur, daß sie sich mit der Einsetzung einer Studienkommission einverstanden erklärten. Diese soll nach einer vorläufigen Reichs-gesetzliche in der Hauptsache aus Nichtbeamten bestehen; nach drei Monaten gab der Bundesrat darauf eine recht unfreundliche Antwort, hat sich aber jetzt eines Besseren besonnen. Immerhin war es einermöglichen Überwachen, als der Vizekanzler zu dieser Frage das Wort ergriff, und es schickte nicht an hohen Jungen, die da meinten, seine Teilnahme an den hochpolitischen Entscheidungen laffe ihm Zeit und Mühe, sich mit der Reichseisenbahnfrage näher zu befassen.

Nach weiterer Debatte wurde in später Abendstunden die Abstimmung bis zur dritten Lesung ausgesetzt. — Dienstag: Erste Lesung der neuen Steuern.

Sozialdemokratische Anträge zum Militärstat.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Hauptausschuß folgende Anträge eingebracht: den Reichstagsler zu ersuchen:

- 1. zu veranlassen, daß die Entscheidung der auf Selbstverpflichtung angewiesenen Mannschaften von 2 Mark auf 2,50 Mark, in Berlin auf 3 Mark für den Tag erhöht wird;
- 2. darauf hinzuwirken, daß den deutschen Kriegsgefangenen die Zeit ihrer Gefangenschaft als Dienstzeit angerechnet wird;
- 3. daß jedem Angehörigen des Mannschaftenstandes, soweit ein Bedürfnis dazu vorliegt, bei der Entlassung aus dem Heeresdienst eine brauchbare Uniform und ein Paar gute Stiefel kostenlos überlassen werden;
- 4. zu veranlassen, daß die Verordnung vom 24. Januar 1918, betreffend Wegfall von Zulagen, schleunigst aufgehoben wird;
- 5. mit aller Beschleunigung eine Erhöhung der Prämie der militärischen Friedensrenten aus dem Mannschaftenstande herbeizuführen;
- 6. dahin zu wirken, daß den länger als drei Jahre dienenden Mannschaften eine Zulage, nach der Länge der Dienstzeit bemessen, gewährt wird.

Der Prellgesunkener von Dergem.

Die Strafkammer des Landgerichts in Rostock verhandelte in der Verhandlungssitzung gegen den Rittergutsbesitzer Wilhelm v. Dergem-Roggen wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung des Schmitters Wisniewski. Staats-anwaltlichkeit und Angeklagter hatten gegen das Urteil des Schwurgerichts in Neubukow, das auf einen Monat Gefängnis lautete, die Berufung eingelegt. Der Rittergutsbesitzer v. Dergem hatte seinen Schmittler, der einen Korndiebstahl verübt hatte, in den Park geführt, ihm dort beschaffen, sich auszuweichen, ihn schließlich festgebunden und mit einem Reittisch geprügelt. Es war ein großer Zeugenapparat aufgestellt worden. Etwa 30 Gutsleute waren zur Stelle. Der Gerichtshof hob nach längerer Vernehmnehmung das Urteil erster Instanz auf und verurteilte v. Dergem zu zwei Monaten Gefängnis. In der Begründung hob der Gerichtshof hervor, daß der Angeklagte in seiner sozialen und wirtschaftlichen Stellung die Tat nicht begehen durfte; es belaste ihn auch sehr, daß der ganze Vorgang ein entwürdigendes war, und daß er nicht im Affekt, sondern in aller Ruhe gehandelt habe.

Wir finden, daß die Strafe, die hier dem Herrn von Dergem für seine schamlose Rohheitstat erteilt wurde, noch immer viel zu milde ist.

Reine Verhandlungen über die Aufhebung der Friedens-resolution. Aus Berlin wird gemeldet: Die Mitteilung einer Korrespondenz, daß zwischen Regierung und Reichstags-mehrheit Verhandlungen über die Aufhebung der Friedens-resolution vom letzten Sommer schweben, ist, wie die Nordd. Allg. Zeitung schreibt, unrichtig.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Stärkere Heranziehung der Vorräte bei den Landwirten.
Wichtig wird mitgeteilt: Die Brot- und Mehlverfor-gung ist infolge des Umstandes, daß die im Wege des Einkaufs im Inlande aufzubringenden Mengen stark beschränkt sind und auch der rumanischen Ernte die Vorräte nahezu verbraucht wurden, derartig kritisch geworden, daß bis zum Eintreffen der Zufuhren aus der Ukraine, mit denen aber erst Ende Mai gerechnet werden kann, Maßnahmen getroffen werden müssen, um jene Notwendigkeiten für die allgemeine Versorgung jetzt erforderlich sind, aus der Inlandsproduktion herauszugeben. Durch eine im Reichs-anwartschaftsblatt veröffentlichte Verordnung des Gesamtministeriums wird die Regierung ermächtigt, die zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Brot und Mehl erforderlichen Maßnahmen im Inlande auch dann im Hinblick zu nehmen, wenn dadurch die den Landwirten nach den bisher geltenden Bestimmungen